

KREISSTADT METTMANN Der Bürgermeister			Drucksachennummer
Fraktionsantrag			
Dezernat 1		☒	203.1/2026
Verwaltungsmodernisation und Bürgerservice	öffentlich		
Suchan, Waldemar Theophil	nicht öffentlich	☐	

Gremium:	TOP-NR:	Datum:
Haupt- und Finanzausschuss	4.7	16.06.2026

Antrag der Fraktion "Wählergemeinschaft M.U.T." vom 11.05.2026
 hier: Rückdeckungsversicherung Beamtenpensionen: Stopp kreditfinanzierter Zuführungen und Prüfung wirtschaftlicher Alternativen

Finanzielle Auswirkungen

Kosten (einschließl. MWSt.)

Produkt

Haushaltsjahr

Folgekosten

Mittel stehen im Haushalt zur Verfügung ☐ ja ☐ nein

Deckungsvorschlag

Fördermittel:

Anmerkung der Stadtkämmerin:

Personelle Auswirkungen:

☐ Pflichtaufgabe ohne Gestaltungsspielraum (= A-Leistung)

☐ Pflichtaufgabe mit Gestaltungsspielraum (= B-Leistung)

☐ Freiwillige Aufgabe (= C-Leistung)

Klima / Umweltrelevanz

BESCHLUSSVORSCHLAG

Nach dem Ergebnis der Beratung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>			
	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU			
FDP			
M.U.T			
Die Grünen			
SPD			
AfD			
Zur Sache!ME			
Trox (fraktionslos)			
Frau Dr. Lenz (fraktionslos)			
Schuh (fraktionslos)			
Bürgermeister			

Verwaltungserläuterung:

Die Stadtverwaltung hat die Fragestellung der langfristigen Finanzierung der Beamtenversorgungsverpflichtungen bereits aufgegriffen und einen Prüfprozess zur Bewertung möglicher Handlungsoptionen eingeleitet.

Ziel dieser Prüfung ist es, die bestehenden Regelungen und Instrumente zur Absicherung der künftigen Pensionsverpflichtungen unter wirtschaftlichen, haushaltsrechtlichen und risikobezogenen Gesichtspunkten zu analysieren. Hierbei werden insbesondere die Vor- und Nachteile einer Rückdeckungsversicherung sowie weiterer Formen der Kapitalvorsorge und Ausfinanzierung betrachtet.

Im Rahmen der Untersuchung sollen die langfristigen finanziellen Auswirkungen, die Risikostruktur, die erforderliche Flexibilität sowie die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt bewertet werden. Die Stadtverwaltung verfolgt dabei das Ziel, eine nachhaltige und wirtschaftliche Lösung zur Sicherung der Beamtenversorgungsverpflichtungen zu identifizieren.

Die Ergebnisse der Prüfung werden nach Abschluss der Analysen in der dritten Sitzung des Ausschusses für Verwaltung, Digitalisierung und Ordnung 2026 vorgestellt und dienen als Grundlage für mögliche weitere Entscheidungen. Bis dahin wird die Stadtverwaltung den eingeschlagenen Prüfungsprozess fortführen und die relevanten Entwicklungen sowie Erkenntnisse in die Bewertung einbeziehen.

Gez. Bär